



Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan ■ 119. Jahrgang, Nr. 90

Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51 · Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55 · Fax Inserate (075) 237 51 66
Telefon Sportredaktion (075) 237 51 71 E-Mail-Adresse / flvobla@flvobla.LOL.li · Internet-Adresse: http://www.lol.li/Volksblatt

MOBIL-EXTRA

Das «Auto von der Stange»

Smart, das neue Miniauto von Mercedes und Swatch, soll ab April 1998 ab 12.500 Franken im Handel sein. Seite 11

FBPL

Klausurtagung

Die FBPL-Fraktion hielt am letzten Samstag eine Klausurtagung ab. Dabei wurden Strategien für die Oppositionsarbeit entwickelt. Seite 5

TAGESCHAU

125 Jahre Postamt Schaan

SCHAAN: Das Postamt Schaan kann in diesem Jahr auf sein 125jähriges Bestehen zurückblicken. Wie aus den Akten des Liechtensteinischen Landesarchivs hergeht, wurden schon 1872 regelrechte Marktklärungen durchgeführt. Die Menge der Briefe und die Tatsache, dass zwischen 1870 und 1872 die Bahn Feldkirch-Buchs gebaut wurde, habe die Regierung wohl veranlasst, eine Anfrage um Eröffnung einer neuen Poststelle in Schaan an die Postdirektion in Innsbruck zu stellen. Seite 3

«Tag der offenen Schür»

VADUZ: Aus Anlass der Jubiläen «100 Jahre Schweizerischer Bauernverband» und «80 Jahre Landwirtschaftliches Bau- und Architekturbüro LBA» wurde am vergangenen Wochenende gesamtschweizerisch ein «Tag der offenen Schür» veranstaltet. In Liechtenstein stand dem Laien oder dem Fachbesucher die Schür bei Adolf Konrad in Vaduz zur Besichtigung offen. Seite 4

Informationstag des NTB

BUCHS: Das Neu-Technikum in Buchs hat sich auch dieses Jahr an die Abgänger von Berufsschulen gerichtet und sie eingeladen, das NTB als eine der Zukunft verpflichtete Schule näher kennen zu lernen. Rund 200 Personen haben die Einladung zu Information und Rundgang angenommen und sich erkundigt, welche berufliche Chancen sich öffnen. Seite 6

Neuwahlen in Frankreich

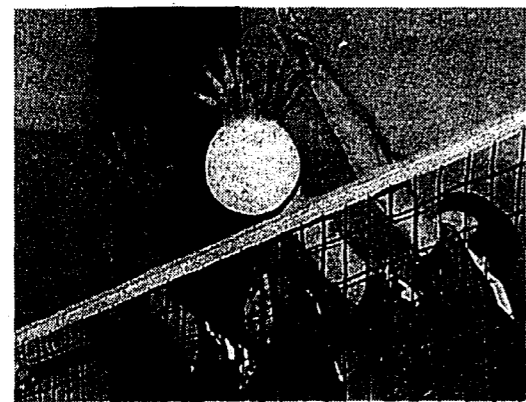
PARIS: Der französische Staatspräsident Jacques Chirac hat gestern die Nationalversammlung aufgelöst. Das bedeutet, dass in frühestens 20 und spätestens 40 Tagen ein neues Parlament gewählt werden muss. Chirac gab seine Entscheidung, die in Paris allgemein erwartet worden war, gestern im Fernsehen bekannt. Seite 15

Kennzeichnung von Rindfleisch wird Pflicht

BRÜSSEL: Die Kennzeichnung von Rindern und Rindfleisch wird Pflicht. Das beschlossen die EU-Landwirtschaftsminister gestern in Luxemburg und reagierten damit auf die Rinderseuche BSE. Vor dem Ratsgebäude demonstrierten nahezu 10.000 italienische Bauern für mehr Exportsubventionen.

Liechtenstein unterliegt Deutschland 0:3

Liechtensteins Volleyball-Nationalmannschaft musste sich gestern beim Int. Spring-Cup in Slowenien zum zweitenmal mit 0:3 geschlagen geben. Nach der Niederlage am Sonntag gegen Kroatiens Junioren-Auswahl, lautete gestern das Skore gegen Deutschlands U-21-Nationalteam 4:15, 1:15



und 5:15. Die ersatzgeschwächten Liechtensteiner vermochten sich gegenüber dem Vortag zu steigern, waren dem starken Gegner aber erwartungsgemäss in allen Belangen unterlegen. Die Partie dauerte 56 Minuten.

Fürst ernennt Wille nicht

Gestern traf das Schreiben von Fürst Hans-Adam II. beim Landtagspräsidenten ein

Fürst Hans-Adam II. ist bei seinem Wort geblieben. Nach einem gestern bei Landtagspräsident Peter Wolf eingelangten Schreiben teilte der Monarch mit, dass er Herbert Wille nicht mehr zum Präsidenten der Verwaltungsbeschwerdeinstanz (VBI) ernennen werde.

Der Landtag hatte in einer umstrittenen Wahl am vergangenen Montag den bisherigen VBI-Präsidenten Herbert Wille mit einer Mehrheitsentscheidung für eine weitere Amtsperiode zur Ernennung vorgeschlagen. Das Parlament nahm die Wahl mit 13 Stimmen vor, darunter nur eine Stimme der Regierungspartei, obwohl Fürst Hans-Adam II. schon 1995 mitgeteilt hatte, dass Wille nicht mehr ernennen würde. Als Begründung gab der Fürst an, dass Wille bei der Staatskrise 1992 als Regierungschef-Stellvertreter erklärt habe, er sei mit Teilen der Verfassung nicht einverstanden und würde sich deshalb nicht an die Verfassung gebunden fühlen. Sowohl VBI-Präsident Wille als auch andere Mitglieder der damaligen Regierung hatten in öffentli-



VBI-Präsident Herbert Wille wurde vom Landtag für eine weitere Mandatsperiode vorgeschlagen.



Fürst Hans-Adam II. lehnt die Ernennung von VBI-Präsident Herbert Wille, wie angekündigt, ab.

chen Erklärungen bezeugt, dass dieser Ausspruch beim Treffen zwischen dem Regierungsmittgliedern und dem Fürsten auf Schloss Vaduz nicht gefallen sei.

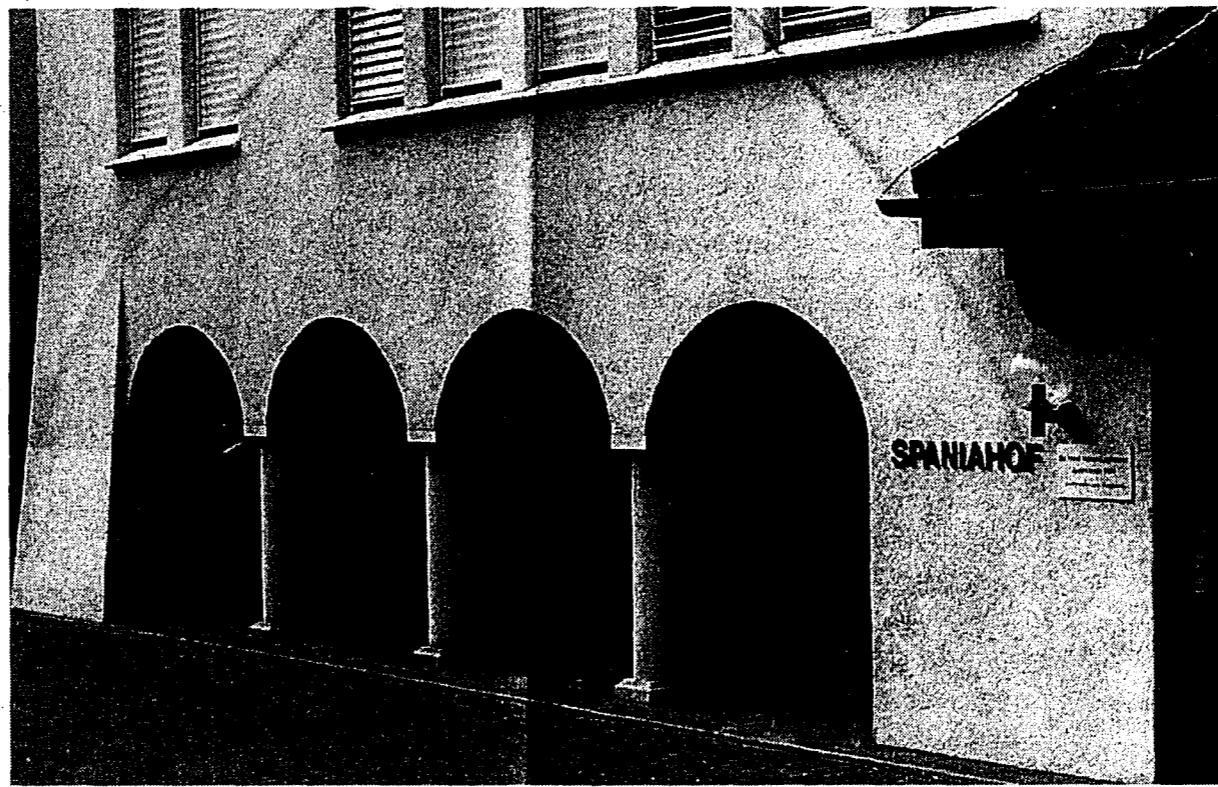
Aktueller Anlass für das fürstliche Schreiben war jedoch nicht dieser unterschiedlich geschilderte Vorfall, sondern drei Jahre später ein Vortrag, den Herbert Wille als Forschungsbe-

auftragter des Liechtenstein-Instituts hielt und dort ausgeführt hatte, dass sich auch das Staatsoberhaupt an Entscheidungen des Staatsgerichtshofes bei Interpretationen der Verfassung halten müsse. Fürst Hans-Adam II. hielt 1995 als Reaktion darauf in einem Brief an Wille fest: «Ich habe nicht die Absicht, mich mit Ihnen öffentlich oder privat in eine

lange Auseinandersetzung einzulassen, aber ich möchte Ihnen rechtzeitig mitteilen, dass ich Sie nicht mehr für ein öffentliches Amt ernennen werde, sollten Sie mir vom Landtag oder sonst irgendeinem Gremium vorgeschlagen werden.»

An dieser Entscheidung hielt der Monarch in seinem Antwortschreiben an den Landtagspräsidenten auf die Wahl durch den Landtag fest. Über die Begründung, die Fürst Hans-Adam II. anführte, wurde am Montag Stillschweigen bewahrt. Landtagspräsident Peter Wolf befindet sich im Ausland, erklärte Landtagssekretär Wilfried Kindli auf Anfrage des VOLKSBLATT, er selber sei nicht befugt, das Schreiben weiterzugeben. Die Abgeordneten des Landtags würden eine Kopie des Schreibens am Dienstag erhalten. Vorher werde die Öffentlichkeit nicht informiert.

Aufgrund der angedrohten Nichternennung hatte VBI-Präsident Herbert Wille schon 1995 bei der Europäischen Menschenrechtskommission wegen Verletzung der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit geklagt. Der «Fall Wille» soll Ende Mai in Strassburg behandelt werden.



VOLKSBANK IN VADUZ Schwergewicht «Private Banking»

Die Vorarlberger Volksbank eröffnet anfangs Mai eine Niederlassung in Vaduz, Standort ist der Spaniahof in der Nähe des Spitals. Die Volksbank aus Vorarlberg wird die erste ausländische Bank sein, die eine Zweigniederlassung mit Bewilligung für praktisch alle Bankgeschäfte aufmacht. Das Schwergewicht der Geschäftstätigkeit möchte die Volksbank in Liechtenstein jedoch auf das «Private Banking» verlegen. Angesprochen werden institutionelle Anleger und vermögende Privatkunden aus dem In- und Ausland. Der Grund für den Schritt der österreichischen Volksbank nach Liechtenstein liegt in den Kapitalströmen, die in Richtung Schweiz und Liechtenstein fließen. Mehr darüber auf der Seite Wirtschaft. (Bild: vito)

Rund 50 suchen eine Lehrstelle

Noch über 50 Jugendliche in Liechtenstein suchen eine Lehrstelle. Diese Antwort gab Regierungsrat Norbert Marxer auf eine Anfrage des FBPL-Abgeordneten Helmut Konrad im Landtag. Gemäss einer Umfrage des Berufsbildungsamtes in den Ober- und Realschulen wissen 68 Schulabgänger noch nicht, was sie nach dem Schulabschluss in bezug auf eine weitere Ausbildung tun werden. Gesamthaft stelle sich die Situation wie in den Vorjahren dar, eine Verschlechterung der Lehrstellensituation könne nicht festgestellt werden. Wegen der grossen Anzahl Lehrstellensuchender hat das Berufsbildungsamt eine Umfrage gestartet, um weitere Meldungen über offene Lehrstellen zu erhalten.

ALV-Geldern veruntreut

Deliktsumme von rund 250.000 Franken

BERN: Ein Beamter des Biga hat ALV-Gelder in der Höhe von rund 250.000 Franken veruntreut. Er wurde am Wochenende verhaftet und unverzüglich vom Dienst suspendiert, wie das Biga am Montag mitteilte. Die Bundesanwaltschaft dehnte das Ermittlungsverfahren unterdessen auf weitere Personen auch ausserhalb des Biga aus.

Der verhaftete Mitarbeiter der Sektion Finanzen in der Abteilung Arbeitslosenversicherung (ALV) des Biga gab zu, Zinserträge des ALV-Fonds veruntreut zu haben. Er wurde am Wochenende verhaftet und unverzüglich vom Dienst suspendiert, wie Biga-Pressesprecher Marc-

Andre Giger am Montag auf Anfrage präzisierte. Weitere Angaben zur Person und Funktion des Verhafteten machte er aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes nicht. Das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga) und die Eidgenössische Finanzkontrolle stiessen bei routinemässigen sowie gezielten Untersuchungen vom Wochenende auf die Veruntreuung. Gemäss einer summarischen Auswertung der gegenwärtig vorliegenden Unterlagen beläuft sich die Deliktsumme auf rund 250.000 Franken. Die Veruntreuung war laut Giger keine einmalige Sache und geht möglicherweise auf mehrere Jahre zurück. Das Biga erstattet Strafanzeige. (AP)

Umweltpapier beim Land

Der Anteil des Umschuttpapiers in der Landesverwaltung liegt bei rund einem Drittel. Dies erklärte Umweltminister Norbert Marxer auf eine diesbezügliche Anfrage des FBPL-Abgeordneten Marco Ospelt im Landtag. Wo kein Recyclingpapier verwendet werde, gelange chlorfreies Papier zum Einsatz. Die Vergrösserung des Anteil an Recyclingpapier sei ein Ziel des laufenden Projektes Büroökologie, wobei es bei der Umsetzung vor allem zwei Schwierigkeiten zu überwinden gelte: Zum einen würden bei einzelnen Kopierern technische Probleme auftreten, wenn Recyclingpapier zum Einsatz komme, zum anderen sei die Frage der Alterungsbeständigkeit von Recyclingpapier noch nicht endgültig geklärt.